

Antrag

der Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob es in Baden-Württemberg Anlaufstellen für Betroffene extremistischer Gewalt gibt (ggf. mit konkreter Nennung);
2. ob es speziell für die Betroffenen rechtsextremistischer Gewalt zugeschnittene Beratungsangebote gibt (ggf. mit konkreter Nennung);
3. in welchem Entwicklungsstadium sich nach ihrer Kenntnis das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) befindet;
4. ob sie finanzielle Unterstützung für derartige Projekte vorsieht oder plant, um sich organisatorisch an derartigen Angeboten zu beteiligen;
5. ob es z. B. in der Polizei entsprechende Hinweise oder Weiterbildungsmodule gibt, die für das Thema extremistische Gewalt und speziell rechtsextremistische Gewalt sensibilisieren;
6. ob es eine Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und Opfer-Beratungsorganisationen gibt, um bei Fällen extremistischer Gewalt den Opfern von Seiten der Polizei eine Anlaufstelle nennen zu können;

7. inwiefern sie Erfahrungen aus anderen Bundesländern erhält, wie die Strukturen sich dort darstellen und ob ggf. Kooperationen mit anderen Bundesländern geplant sind.

05.03.2013

Dr. Timm Kern, Dr. Goll, Dr. Rülke, Dr. Bullinger, Grimm FDP/DVP

Begründung

Im Zuge der Aufklärung des NSU-Terrors sind die Familien der Opfer in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. Neben den persönlich schrecklichen Verlusten Angehöriger sahen sich die Familien oftmals sogar selbst einem Tatverdacht ausgesetzt. Die Belastung der Betroffenen extremistischer Gewalt liegt ohnehin auf der Hand, kann sich aber gerade bei derartigen Geschehnissen als besonders enorm darstellen. Daher stellt sich die Frage, welche Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt bestehen, an denen sie Unterstützung erlangen können.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 27. März 2013 Nr. 3 nimmt das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren sowie dem Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob es in Baden-Württemberg Anlaufstellen für Betroffene extremistischer Gewalt gibt (ggf. mit konkreter Nennung);*
- 2. ob es speziell für die Betroffenen rechtsextremistischer Gewalt zugeschnittene Beratungsangebote gibt (ggf. mit konkreter Nennung);*

Zu 1. und 2.:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist die Jugendstiftung Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO) mit der Umsetzung des Beratungsnetzwerks „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechts-Extremismus“ in Baden-Württemberg beauftragt. Das Beratungsnetzwerk in Baden-Württemberg ist klar auf die Beratung gegen rechtsextremistische Gewalt ausgerichtet. Im Mittelpunkt steht der Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die jede Form rassistischer Gewalt einbezieht.

Betroffene rechtsextremistischer Gewalt können sich direkt an das Beratungsnetzwerk wenden. Ansprechpartner sind:

Landeskoordinierungsstelle
„kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Tel.: 07741 687734
E-Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

Koordinierungsstelle Beratungsnetzwerk
„kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“
LAGO Baden-Württemberg e. V.
Tel.: 0711 896915-19
E-Mail: beratungsnetzwerk@lago-bw.de

Regionale Anlaufstellen sind auf der Website www.kompetentvorort.de zu finden. Die Beratungsnetzwerke bieten Fachinformationen zum Themenfeld und Beratung für Betroffene an. Auch Institutionen, Kommunen oder Bündnisse, die sich vor Ort gegen menschenfeindliche Einstellungen und für Demokratie einsetzen wollen, werden beraten.

3. in welchem Entwicklungsstadium sich nach ihrer Kenntnis das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) befindet;

Zu 3.:

Die Koordinierungsstelle der LAGO arbeitet als Teil des Beratungsnetzwerks „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ seit Beginn der Bundes- und Landesförderung im Jahr 2008.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Koordinierungsstelle der LAGO sind:

- *Erstkontaktstelle bei Beratungsanfragen*
- *Fachlich-inhaltliche Beratung der Anlaufstellen in den Stadt- und Landkreisen*
Im Verbund mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg realisiert die LAGO die Basisqualifizierung für neue Berater/-innen im Netzwerk. Ebenfalls gemeinsam mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg initiiert und begleitet die LAGO lokale und regionale Bündnisse.
- *Opferberatung*
Im Jahr 2012 haben drei Personen an einer Ausbildung zur Beraterin/zum Berater für Betroffene und Opfer rechter Gewalt teilgenommen und sich ausbilden lassen. Die Ausbildung umfasste drei zweieinhalbtägige Module. Anfragen werden telefonisch, per E-Mail oder in persönlichen Gesprächen bearbeitet. Die Berater sind um regelmäßiges Kontakthalten bemüht, das sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen orientiert. Standards für die Beratung sind beispielsweise Anonymität, Kostenfreiheit, Freiwilligkeit und ggf. auf Wunsch eine aufsuchende Beratung.
- *Elternberatung*
Zur Beratung von Eltern rechtsaffiner Jugendlicher besteht ein ausgearbeitetes Konzept. Es gibt einen Fachberater, der die entsprechenden Qualifikationen besitzt.
- *Betreuung des „Landesnetzwerks für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen“*
Das Landesnetzwerk wurde im Rahmen des Bundesprogramms im Jahr 2009 eingerichtet. Mittlerweile nehmen regelmäßig über 30 Institutionen und Organisationen an den Sitzungen teil. Dabei stehen der Austausch von Erfahrungen, die Abstimmung von Aktivitäten und Projekten sowie die fachliche Qualifizierung im Fokus.

4. ob sie finanzielle Unterstützung für derartige Projekte vorsieht oder plant, um sich organisatorisch an derartigen Angeboten zu beteiligen;

Zu 4.:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ wird das Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in Baden-Württemberg im Jahr 2013 aus Bundesmitteln (280.000,- Euro) und Landesmitteln (56.000,- Euro) gefördert.

Auch bei der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend soll die Prävention gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit neben anderen Themen (vgl. „Zukunftsplan Jugend“, S. 36) berücksichtigt werden. Eine Konkretisierung erfolgt im Rahmen der weiteren Umsetzung des Zukunftsplans Jugend.

Daneben beabsichtigt das Ministerium für Integration, die Einrichtung einer Anlauf- und Vernetzungsstelle zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO) unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen zu unterstützen. Aufgabe der Stelle wird sein, lokale und regionale Akteure, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen, zu vernetzen, lokale Prozesse in der Prävention zu aktivieren sowie Initiativen, Bündnisse und Aktionen vor Ort fachlich zu beraten und zu begleiten. Durch die Anlauf- und Vernetzungsstelle sollen Synergieeffekte geschaffen und eine nachhaltigere Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ermöglicht werden.

5. ob es z. B. in der Polizei entsprechende Hinweise oder Weiterbildungsmodule gibt, die für das Thema extremistische Gewalt und speziell rechtsextremistische Gewalt sensibilisieren;

Zu 5.:

Die Bildungseinrichtungen der Polizei Baden-Württemberg bieten zahlreiche Fortbildungen wie z. B. das „Grundseminar Staatsschutzkriminalität“ oder das Seminar „Staatsschutzspezifische Fahndungsmaßnahmen“ zu der Thematik an. Darüber hinaus werden die Polizeibeamtinnen und -beamten zum Thema Islamismus mittels einer elektronischen Lernanwendung geschult. Speziell zum Thema Rechtsextremismus wurde eine spezifische elektronische Lernanwendung entwickelt, die im April 2013 zur Bearbeitung frei geschaltet werden soll. Außerdem können alle Polizeibeamtinnen und -beamten im Intranet (POLIZEI-ONLINE) rund um die Uhr Informationen (z. B. Infobroschüren, Handlungsanleitungen) zum Thema abrufen.

Weitere Fortbildungen zu der Thematik werden von der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Bundeskriminalamt sowie im Rahmen der Sicherheitskooperation der Länder Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg angeboten.

6. ob es eine Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und Opfer-Beratungsorganisationen gibt, um bei Fällen extremistischer Gewalt den Opfern von Seiten der Polizei eine Anlaufstelle nennen zu können;

Zu 6.:

In der Polizei Baden-Württemberg sind bei den Polizeidirektionen und -präsidien und beim Landeskriminalamt Ansprechpartner zur internen und externen Koordination der Belange des polizeilichen Opferschutzes benannt, die – u. a. durch aktive Netzwerkarbeit mit Opferhilfeorganisationen oder -einrichtungen, Beratungsstellen und Ämtern – eine qualifizierte und bedarfsgerechte Unterstützung von Kriminalitäts- und Verkehrsoptionen gewährleisten. Ferner führen die Polizeidienststellen eine Übersicht über die örtliche Beratungslandschaft und verwalten ein umfangreiches Informationsangebot zum Opferschutz sowie Einrichtungen der Opferhilfe in einer Datenbank-Anwendung (VIKTIM). Alle Polizeibeamte in Baden-Württemberg besitzen einen freien Zugriff auf VIKTIM. Damit wird ge-

währleistet, dass allen Opfern erforderlichenfalls konkrete Anlaufstellen genannt werden können. Opfer extremistischer Gewalt werden – neben der gesetzlich verankerten Belehrung über Rechte, Entschädigungs- und Härtefallleistungen – im Bedarfsfall auf bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote für Gewaltopfer hingewiesen (z. B. WEISSER RING e. V., psychosoziale Beratungsstellen).

Das Bundesamt für Justiz in Bonn informiert jährlich über die Möglichkeit der Entschädigung von Opfern extremistischer Übergriffe jeder Art. Diese Härteleistungen werden seit dem Jahr 2010 nicht nur für Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten, sondern auch Opfern linksextremistischer, antisemitischer oder islamistischer Übergriffe gewährt. Die Unterlagen zu den Antrags- und Kontaktmöglichkeiten für Opfer und Behörden liegen bei den Polizeidienststellen auf und werden zusätzlich im Intranet allen Polizeibeamten zur Verfügung gestellt.

7. inwiefern sie Erfahrungen aus anderen Bundesländern erhält, wie die Strukturen sich dort darstellen und ob ggf. Kooperationen mit anderen Bundesländern geplant sind.

Zu 7.:

Über das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ besteht ein Austausch mit Beratungsnetzwerken anderer Bundesländer. Ein engerer Erfahrungsaustausch existiert zu Beratungsnetzwerken der angrenzenden Bundesländer Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen sowie dem Saarland. Kooperationen mit diesen Bundesländern sind angedacht.

Die Koordinierungsstelle der LAGO im Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ steht in Fragen zur Betroffenen- und Opferberatung in engem Kontakt mit anderen Beratungsstellen.

In Vertretung

Dr. Zinell

Ministerialdirektor